



Die Stadtverordnetenversammlung
- Ausschuss für Soziales, Integration,
Wohnen, Kinder, Familie -

Tagesordnung I Punkt 8 der öffentlichen Sitzung am 11. September 2024

Vorlagen-Nr. 24-F-63-0071

Nachmittagsangebote/Ganztagsplätze

- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 03.09.2024 -

Im Schuljahr 2023/24 standen im Stichmonat Oktober 2023 laut des aktuell vorliegenden Berichts zur Nachmittagsbetreuung rechnerisch 7.969 Betreuungsplätze für 70 Prozent der Schüler*innen an Wiesbadener staatlichen Grundschulen zur Verfügung. Insgesamt besuchten im Oktober 2023 in Wiesbaden 11.373 Kinder eine staatliche Grundschule und damit deutlich mehr als im Vorjahr (+ 5,4 Prozentpunkte), davon nutzten 7.067 und damit rund 62 Prozent einen Betreuungsplatz am Nachmittag an der Schule oder in einer Kindertagesstätte. Rechnerisch fehlten zur Erreichung des im Jahr 2017 festgelegten 75-Prozent-Ziels 561 Plätze, wobei die Einzeldarstellungen nach Schulen zeigen, dass die Bedarfsdeckung je nach Schule extrem unterschiedlich ist; auch die Nachfrage bzw. Bedarfe unterscheiden sich deutlich. Zwei Drittel der Plätze (66 Prozent) werden als Ganztagsplätze (i. d. R. bis 17 Uhr) nachgefragt, 33 Prozent als Dreiviertelplatz (Betreuungszeit bis 14:30 bzw. 15:00 Uhr). Mit dem Rechtsanspruch, sukzessive ansteigend ab 2026/27 beginnend mit Jahrgang 1, wird mit einem Platzbedarf für 90% der Grundschüler:innen kalkuliert.

Die Platzangebote des Schulträgers nach §15 des Hess. Schulgesetzes stellt damit weiterhin den größten Anteil dar, sind aber in der Form mit Blick auf den Rechtsanspruch ab 2026 nicht rechtsanspruchserfüllend. Die Hortplätze (im Bericht als Plätze Kindertagesstätten ausgewiesen) werden entsprechend des gültigen StVV Beschluss sukzessive an die Grundschulen überführt.

Der Ausschuss für Soziales, Integration, Wohnen, Kinder und Familie möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten:

- 1. zu den aktuellen Entwicklungen beim Rechtsanspruch auf Ganztags für Kinder im Grundschulalter zu berichten, insbesondere auch mit Blick auf die erfolgte Teilfortschreibung des Schulentwicklungsplans;*
- 2. zu den aktuellen Entwicklungen der Überführung der Hortplätze an die Grundschule zu berichten, insbesondere zu den Erfahrungen im Austausch mit den Eltern;*
- 3. zu berichten, wie bei Schulen im Profil 2 und Profil 3 zukünftig der (Rechts)Anspruch auf Ferienbetreuung sichergestellt werden kann;*
- 4. zu berichten, wie weit die Umstellungen zur Sicherstellung des Rechtsanspruchs im „Pakt für den Ganztags“ des Landes fortgeschritten sind.
zu berichten, welche zusätzlichen Aufwendungen die LHW für die schrittweise Umsetzung des Rechtsanspruchs im Finanzhaushalt (notwendige Investitionen) und im Ergebnishaushalt erwartet und welche Aufwendungen voraussichtlich vom Land erstattet werden.*

Beschluss Nr. 0089

Der Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 03.09.2024 wird angenommen.

Herrn Stadtverordnetenvorsteher
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .09.2024

Sebastian Rutten
Vorsitzender

Der Stadtverordnetenvorsteher

Wiesbaden, .09.2024

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Dr. Gerhard Obermayr
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .09.2024

Dezernat VI
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Gert-Uwe Mende
Oberbürgermeister